

Bericht des Ombudsrates im Würzburger Stadtrat am 10.04.2014

Anrede,

am 23.09.2010 hat der Stadtrat den Würzburger Ombudsrat als Beirat eingerichtet. Die Mitglieder des Würzburger Ombudsrates wurden auf Vorschlag des Würzburger Bündnisses für Zivilcourage für die Dauer ihrer Wahlperiode einstimmig von ihnen bestellt. Der Würzburger Ombudsrat ist eine Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger, die sich durch Handeln, Duldung oder Unterlassung jeglicher Art, sei es durch juristische wie natürliche Privatpersonen, bzw. durch Träger der öffentlichen Gewalt oder durch Vereinigungen, die sich ganz oder überwiegend in der öffentlichen Hand befinden, in ihrer Menschenwürde diskriminiert fühlen. [§ 2 (1)]

Die sich aus diesem Auftrag ergebenden Aufgaben des Ombudsrates reichen in die Felder:

- Prävention
- Aktionen/ Veranstaltungen
- Beschwerdemanagement
- Öffentlichkeitsarbeit
- Dokumentation

Zur konkreten Gestaltung der Aufgabenfelder richtet sich der Ombudsrat an

- Behörden Dienste Ämter Einrichtungen der Stadt Würzburg und
- die Würzburger Zivilgesellschaft (manchmal auch über das Bündnis für Zivilcourage)

Die bestellten Mitglieder des Würzburger Ombudsrates sind:

<i>Harald Ebert</i>	<i>Don Bosco Berufsschule (Benachteiligte)</i>
<i>Burkhard Hose</i>	<i>Katholische Hochschulgemeinde</i>
<i>Stefanie Köster</i>	<i>Externe Koordination Lokaler Aktionsplan Würzburg</i>
<i>Aron Schuster</i>	<i>Zentralwohlfahrtstelle der Juden in Deutschland (ZWST)</i>
<i>Natali Soldo-Bilac</i>	<i>Geschäftsstelle des Ausländerbeirates</i>

Nach den Berichten am 16.02.2012 und am 21.03.2013 schließt der Ombudsrat mit dem heutigen – dritten - Bericht seine Tätigkeit für den Zeitraum September 2010 bis April 2014 ab. Eine erneute Bestellung als Beirat der Stadt Würzburg gehört zu den Aufgaben des neuen gewählten Stadtrates.

Der Bericht umfasst vier Teile,

1. den Bericht zur Tätigkeit des Ombudsrates im zurückliegenden Jahr,
2. auf Vorschlag von Herrn Sozialreferenten Robert Scheller einige wenige Einblicke in den Lokalen Aktionsplan, vor allem in die Situations- und Ressourcenanalyse, an dessen Umsetzung die Zivilgesellschaft umfänglich beteiligt war und ist.

3. Eine kurze Einschätzung der Tätigkeit des Ombudsrates der Stadt Würzburg nach mehr als drei Jahren,
4. mögliche Weiterentwicklungen unserer Tätigkeit.

Natürlich – damit sind Sie sicher einverstanden – in der gebotenen Kürze, leider dadurch zwingend verkürzt. Verbleibende oder von mir erzeugte Unklarheiten kläre ich gerne in einer kurzen Aussprache über den Bericht.

1) Bericht zur Tätigkeit des Ombudsrates im zurückliegenden Jahr

1.1. Tätigkeit des Ombudsrates

Der Ombudsrat traf sich im Berichtszeitraum zu 14 Sitzungen.

Neben aktuellen „Fällen“ unserer Tätigkeit waren vier Empfehlungen, die der Ombudsrat der Stadt Würzburg und dem Oberbürgermeister für das Jahr 2013 ausgesprochen hat, eine wichtige Grundlage:

- Willkommenskultur vor allem in unserer Ausländerbehörde
- Wohnen in Würzburg
- Umsetzung und Würdigung des lokalen Aktionsplans
- Umsetzung der UN-BRK im kommunalen Aktionsplan mit den Schwerpunkten Bildung, Arbeit, Wohnen, Mobilität, Freizeit.

Die Orientierung an dieser Menschenrechtskonvention der Vereinten Nationen scheint für den Ombudsrat zielführend, weil sie konsequent nach der Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben fragt. Behinderung ist, was diese Teilhabe ver -„hindert“. Es entspricht unserer Arbeitserfahrung, dass sich gerade Minderheiten in dieser Weise gehindert und diskriminiert erleben. Ich komme auf diesen Gedanken im Rahmen meines Ausblicks zurück.

1.2. Handlungsfelder des Ombudsrates

1.2.1. Prävention

Freitagsgespräche

Als besondere Form unserer präventiven Arbeit haben sich die Freitagsgespräche herauskristallisiert. Wenn wir eine gewisse Häufung von Anfragen und Beschwerden Würzburger Bürgerinnen und Bürger zu einem Themenbereich zu erkennen glauben, bitten wir

jeweils wichtige Akteure zum Gespräch, um gemeinsam über die Weiterentwicklung unserer kommunalen Kultur zu beraten.

Im Berichtszeitraum hatten wir Gespräche mit

- Vertretern der Presse zur empfundenen Diskriminierung von Bürgerinnen und Bürgern in durch PRINT Medien,
- Frau Dr. Düber, später mit dem gesamten Team der Würzburger Ausländerbehörde zur strukturellen, organisatorischen, räumlichen, personellen Weiterentwicklung der Ausländerbehörde.
- Bereits zum zweiten Mal mit einem Vertreter des Staatsschutz zur Auswertung unserer Kundgebung am 1. Mai 2013 mit über 8000 TeilnehmerInnen, zum Brandanschlag in Gemünden, zur „Einsatzgruppe Lupus“, zu einer vom lokalen Aktionsplan getragenen Bürgerwerkstatt und zu neuen Risiken im Internet und in den sozialen Medien (z. B. Freies Netz Süd).
- Den Betreibern des Club Ludwig (ehemals Tanzcafe Ludwig) zu deren Türpolitik, zur Ausbildung und Qualifizierung der Mitarbeiter, zur Kommunikatorin, eigener Migrationshintergrund von Mitarbeitern und zur Willkommenskultur in der Kulturstadt Würzburg.

Aktuell sind Einladungen ausgesprochen an

- den verantwortlichen Leiter der GU Würzburg am 09.05.2014,
- die Redaktion von „Würzburg erleben“, ein ONLINE Portal am 03.06.2014,
- der Einsatzleitung der Polizei für Demonstrationen am 01.08.2014.

1.2.2. Aktionen/ Veranstaltungen

Aus den Freitagsgesprächen oder aus unterschiedlichen Formen von Hospitationen sind im Berichtszeitraum viele Aktionen/ Aktivitäten entstanden. Ich nenne beispielhaft

- die Übergabe von Übersetzungen der Hausordnung der Diskothek AIRPORT in zahlreiche Sprachen (03.04.2013),
- die Übersetzung von Anträgen für die Ausländerbehörde der Stadt Würzburg/z. B. in den Sprachen Farsi, Arabisch (19.04.2013; 03.07.2013) ,
- verschiedene öffentliche oder „gerichtete“ Stellungnahmen zum Beispiel zu den Themen Weiterentwicklung der Ausländerbehörde und rechtsextremistische Äußerungen im Priesterseminar.
- Beim Thema Wohnen knüpfte der Ombudsrat an eine Gesprächsrunde mit OB Rosenthal vom 29.01.2013 an und bat Herrn OB Rosenthal öffentlich das Thema Wohnen zur Chefsache (Mainpost 24.07.2013) zu machen. Der Ombudsrat

beteiligte sich am sozialpolitischen Forum der Würzburger Wohlfahrtsverbände zum Thema Wohnen (10.09.2013).

1.2.3. Anlaufstelle für das Beschwerdemanagement

Berichtet werden nur die „Fälle“, die sich ausdrücklich an den Ombudsrat richteten oder unmittelbar an ihn verwiesen wurden. Weitere „Fälle“ waren in den originären Tätigkeitsfeldern der Mitglieder des Ombudsrats zu verzeichnen (z.B. katholische Hochschulgemeinde, Don Bosco Berufsschule, Ausländerbeirat/ Geschäftsstelle, Jugendbildungsstätte des Bezirksjugendrings Unterfranken, Jüdisches Gemeinde- und Kulturzentrum in Würzburg)

Der Ombudsrat wurde im Berichtszeitraum im Rahmen von 53 subjektiv empfundenen Diskriminierungserfahrungen angerufen:

24 Fälle im Kontext zivilgesellschaftlicher Zuständigkeiten (Beispiele siehe unten):
Wohnen (5) Geschlechtliche Orientierung (4) Rechts- oder linksextremes Gedankengut (4), Antisemitismus (2), Presse (2), Verweigerter Einlass in Würzburger Discotheken (2), Diskriminierung von Bewohnern der GU (2), Leichte Sprache (1), Arbeit und Beruf (1), Wirtschaft (1)

29 Fälle im Kontext kommunaler/ öffentlicher Zuständigkeiten (Beispiele siehe unten):

Gemeinschaftsunterkunft (6), Behörde/ Stadt (6), Diskriminierung über rechtliche Grundlagen (4), Schule (3), WVV (2), Geschlechtliche Orientierung (2), Ausländerbehörde (1), rechtsextremes Gedankengut (1), Wohnungssuche von benachteiligten Menschen (1) Behinderung (1) Wirtschaft (1) Polizei (1)

Typische Vorgehensweisen im Beschwerdemanagement:

Meldung → unmittelbarer Handlungsbedarf → Kontakt aller Mitglieder des Ombudsrates zur Klärung der Zuständigkeit via Email oder Telefonat → ggf. schriftliche Abstimmung mit Sperrfrist von drei Tagen → Mediation → Bericht im Ombudsrat → via Protokoll an das Sozialreferat → Information/ Rückbindung des weiteren Vorgehens → //: erneuter Bericht im Ombudsrat :// → Abschluss

Meldung → kein unmittelbarer Handlungsbedarf → Bericht im Ombudsrat (monatliche Sitzung/ Termine sind veröffentlicht) → Abstimmung → Mediation → via Protokoll an das Sozialreferat → Information/ Rückbindung des weiteren Vorgehens → //: erneuter Bericht im Ombudsrat :// → Abschluss

1.2.4. Öffentlichkeitsarbeit

Neben verschiedenen *Presseberichten* (z.B. in der Mainpost 30.03.2013 „Im Kampf gegen Diskriminierung“) waren wir beispielsweise öffentlich erkennbar durch

Veranstaltungen:

- Würzburg ist bunt nicht braun (1. Mai 2013) einschließlich Fernsehberichterstattung im BR 26.06.2013),
- Veranstaltung zu Georg Angermaier gemeinsam mit der Kreisau-Initiative Würzburg am 18.10.2013,
- Bürgerwerkstatt 11.10.2013,
- 3. Würzburger Symposium für Zivilcourage am 20.01.2014.

Der Ombudsrat erhielt weiter *Preise bzw. Ehrungen*:

- Die Ehrung des Ombudsrates durch die Verleihung der Hillinger Friedenstaube am 25.04.2013,
- wir sind Preisträger des bundesweiten Bündnisses für Demokratie und Toleranz für unsere Aktivitäten um den 1. Mai,
- uns wurde die Georg Sittig Medaille am 17.01.2014 verliehen.

Der Ombudsrat ist über eine Internettelefonnummer jederzeit erreichbar, Internetadresse unter der Domain@wuerzburg.de, Auftritt auf der Homepage der Stadt Würzburg, Einbindung in die verschiedenen Verteiler bei städtischen Veranstaltungen, eigenes Logo, Anschrift über Poststelle der Stadt.

1.2.5. Dokumentation

Der Ombudsrat erfasst und dokumentiert seine Tätigkeit und die Fälle durch öffentliche und nichtöffentliche Protokolle. Im nichtöffentlichen Teil werden die vorgetragenen subjektiv empfundenen Diskriminierungserfahrungen bewertet und dokumentiert.

2) Lokaler Aktionsplan

Der Bundesprogramm Lokaler Aktionsplan (LAP) hat eine Laufzeit von 2011 – 2013 und will eine Strategie für Toleranz und Vielfalt, für demokratisches Handeln und gegen rechtsextreme, fremdenfeindliche und antisemitische Tendenzen in Würzburg entwickeln. Wir konnten und können bei diesem Vorhaben auf ca. 270.000,00 € Fördermittel des Bundesministeriums für Familie Senioren Frauen und Jugend (BMFSFJ) und zusätzlich auch auf Eigenmittel der Stadt Würzburg zurückgreifen. Selbstverständlich mussten die Mittel zunächst in einem gemeinsamen Kraftakt des Bündnisses und des Sozialreferates der Stadt beantragt werden. Förderbedingung ist die nachhaltige Kooperation zwischen Zivilgesellschaft und Kommune auf Augenhöhe. Es wurden eine interne Koordinierungsstelle der Stadt und eine externe Koordinierungsstelle des Bündnisses für Zivilcourage bzw. des Ombudsrates eingerichtet. Im Ranking der Evaluation der nationalen zuständigen Behörden firmiert die Zusammenarbeit in Würzburg und der Würzburger LAP ganz oben.

2.1. Veranstaltungen

Aus den unzähligen Veranstaltungen die der lokale Aktionsplan unterstützt hat, nenne ich beispielhaft unsere sehr erfolgreiche eigene Filmveranstaltung „die Farbe des Ozeans“ zum Thema „Fluchterleben“. Es ging uns darum - ganz unabhängig von der rechtlichen Bewertung des Themas Asyl und Flucht- die menschliche vielfach dramatische und oft auch unmenschliche Dimension des Themas in das Bewusstsein zu holen.

Ich nenne gerne weitere geplante Veranstaltung, die sie durch ihre Teilnahme würdigen können:

- Filmabende mit den Filmen „Blut muss fließen“ und „Blinder Fleck“,
- Besuch von Frau Batsheva Dagan, Kinderbuchautorin und Holocaust-Überlebende,
- Fachtagung Halt geben am 23.10.2014 im Kloster Himmelpforten zum Thema Kinder und Jugendliche im Sog des Rechtsradikalismus.

2.2. Situations- und Ressourcenanalyse des lokalen Aktionsplans

Grundlage für die Vergabe der Fördermittel (im Begleitausschuss) ist neben der Expertise der zivilgesellschaftlichen und kommunalen Akteure vor Ort, eine Situations- und Ressourcenanalyse, die ausführlich am 25.11.2013 Jugendhilfeausschuss vorgestellt wurde.

Hier in der gebotenen Kürze:

Die Situations- und Ressourcenanalyse besteht aus zwei Teilen

1. Einer Analyse auf Basis amtlicher Strukturdaten (2011) und
2. einer wissenschaftlichen Erhebung (2012).

Die wissenschaftliche Erhebung wurde gemeinsam von der Fachhochschule Würzburg / Schweinfurt / Aschaffenburg (Prof. Dr. Rosenkranz), dem Sozialreferat der Stadt Würzburg, dem Förderkreis der Don Bosco Berufsschule und dem MODUS - Institut für Wirtschafts- und Sozialforschung, Bamberg durchgeführt.

Ca. 1000 Personen, Dienste und Einrichtungen wurden mittels eines Fragebogens befragt. In der Endfassung des Fragebogens fanden sich

9 Fragen zur Situation im **Stadtteil**,

13 Fragen zur **Einschätzung** von **Organisationen/ Einrichtungen**,

8 Fragen zur **persönlichen Einschätzung**.

Der Versand erfolgte in zwei „Wellen“. Der Rücklauf lag bei knapp 30 % eine in der Sozialwissenschaft durchaus befriedigende Größenordnung.

Diskriminierungen werden gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund von 32,2% und gegenüber sozial Benachteiligten von 27,8% beobachtet. Die wichtigsten Handlungsfelder zur positiven Entwicklung des jeweils eigenen Stadtteils werden von 46,4% in der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund ebenso wie bei Aktionen gegen Fremdenfeindlichkeit gesehen. 18,1 % der Befragten sind rechtsextreme Vorfälle in Würzburg bekannt, vor allem die befragten Einrichtungen scheinen über ein profundes entsprechendes Wissen zu verfügen. Für 33 % der Befragten fehlt es vor allem an einem multikulturellen Treffpunkt im eigenen Stadtteil.

Beispiele aus dem Cluster „Ihr Stadtbezirk“

Die bekanntesten Angebote in den Stadtteilen für eine Arbeit im Sinne des lokalen Aktionsplans sind die Evangelischen und katholische Gemeinden, an zweiter Stelle liegen die Jugendzentren. Als Anlaufstellen für Konflikte werden Beratungsstellen, Kirchen als auch ASD, der Stadt Würzburg, sowie Jugend- und Schulsozialarbeit am häufigsten genannt. Es stechen heraus:

Lindleinsmühle: ASD mit 75%/ Heuchelhof 57,1% und Grombühl 83% stadtteilbezogene Angebote / Steinbachtal, Lengfeld und Rottenbauer 90 % die Kirchen/ Lindleinsmühle Jugend- und Schulsozialarbeit mit 66,7% . Als vorrangiges Problem wird für die Sanderau mit 44,4% als Thema Wohnen genannt.

Einschätzungen aus dem Cluster „Organisation/ Einrichtung“

58,1 % fühlen sich in die Entwicklung in ihrem Stadtteil mit einbezogen, wobei der Anteil der Frauen bei 63,5% liegt! Schulen sowie Kinder und Jugendeinrichtungen fühlen sich sehr stark in die Entwicklung des Stadtteils eingebunden, während Vereine, Initiativen und Verbände sich relativ wenig einbezogen fühlen. Auffällig ist, dass sich in den Stadtteilen Zellerau, Lindleinsmühle und Heuchelhof die meisten, in den Stadtteilen Steinbachtal, Sanderau und Heidingsfeld, die wenigsten der Befragten in die Entwicklung miteinbezogen fühlen.

Die wichtigsten Handlungsfelder zur positiven Entwicklung Ihres Stadtbezirks sind die Unterstützung von Familien, sozial Benachteiligten und die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund (jeweils ca. 50 %), sowie die Berücksichtigung der Bürgermeinung (40 %). Aktionen gegen Fremdenfeindlichkeit nennen im Steinbachtal 28,6%, in der Altstadt 24,4%, und in Heidingsfeld 23,5% der Befragten, Aktionen gegen Antisemitismus sind im Steinbachtal zu 28,6%, in Rottenbauer zu 14,3%, und im Dürrbachtal zu 14,3% gewünscht.

Schulen (70 %), Sportvereine und die Kommune (45 %) sollen sich um die Entwicklung einer toleranten Stadt kümmern.

Beispiele aus dem Cluster „Persönliche Einschätzungen“

Für sehr zivilcouragiert schätzen 19% der Befragten die Würzburger ein, 22% als wenig zivilcouragiert. Bezüglich der Toleranz schätzen 36% der Befragten die Würzburger als sehr tolerant ein, 50% weisen den Bürgern eine mittlere und 14% eine geringe Toleranz zu. Am

Heuchelhof werden die Bürger im Stadtvergleich als am wenigsten zivilcouragiert eingeschätzt, in der Zellerau und Heidingsfeld als am wenigsten tolerant.

9 % bewerten die Bürger als stärker fremdenfeindlich, 6% schätzen als rassistisch ein. In Zellerau werden die Bürger häufiger als rassistisch eingeschätzt als in anderen Stadtbezirken, in Lindleinsmühle, Sanderau, Heidingsfeld und Heuchelhof häufiger als fremdenfeindlich. 18,1% der Befragten sind rechtsextreme Fälle in Würzburg bekannt. Rechtsextreme Vorfälle werden nach Angaben der Befragten durch Schmierereien, Demos und Aufmärsche sowie durch die Berichterstattung in Medien erkannt. Die Einrichtungen zur Betreuung von Kinder und Jugendlichen sowie die Schulen haben verstärkt Kenntnis über rechtsextreme Vorfälle. Als einflussreichster Wertevermittler werden die Familie (93%), Freunde und Bekannte sowie die Schulen (ca. 60 %)

3) Einschätzung der Tätigkeit des Ombudsrates der Stadt Würzburg nach mehr als drei Jahren

Was hat der Ombudsrat in den vergangenen mehr als drei Jahren bezüglich unserer Schwerpunkte erreicht?

3.1. Lokaler Plan (LAP) Gemeinsam und couragiert für Toleranz und Demokratie

Ich beginne mit den gerade dargestellten kurzen Ausführungen zum Lokalen Aktionsplan, erinnere gern an die erneut große Kraft der Würzburger Bürgerschaft am 1. Mai 2013 und freue mich über den sehr konstruktiven Beitrag den die Bürgergesellschaft, das Bündnis für Zivilcourage und der Ombudsrat im LAP zu leisten vermochten. Gerade hier zeigt sich eine beispielhafte Kultur der Zusammenarbeit in unserer Stadt zwischen Bürgerschaft und Kommune. Das ruft nach Fortsetzung und Intensivierung, denn da „ist immer noch Luft nach oben“:

- Der Weg der Öffentlichkeits- und Informationsarbeit für Toleranz und Demokratie muss weitergeführt werden.
- Beide Standbeine des lokalen Aktionsplans interkulturelle und intersoziale Arbeit kommt Bedeutung gleichermaßen Bedeutung zu.
- Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund ist einer der wichtigsten Faktoren für eine positive Stadtteilentwicklung.
- Der Prävention in der Jugendarbeit und in den Schulen sind rechtsextremistische Vorfälle bekannt. Gerade in diesen Bereichen finden sich zu wenig gesichert Ressourcen.
- In den Stadtteilen, die besondere Chance zur Quartiersentwicklung hatten, können eindeutig positive Effekte im Sinne des lokalen Aktionsplans beschrieben werden.

- Die Berücksichtigung der Bürgermeinung (auch in Vereinen) und die Beteiligung der Zivilgesellschaft sind ein hohes Gut.

3.2. Vielfalt als Standortvorteil und Willkommenskultur – Würzburg als weltoffene Stadt

Das Thema weltoffene Stadt mit einer bemerkenswerten Willkommenskultur und vor allem **Weiterentwicklung der Ausländerbehörde** wurde vielfach diskutiert, in ersten Schritten entwickelt und zu einem Handlungspaket geschnürt, das – wenn es gelingt - die räumlichen, vor allem aber auch personellen Voraussetzungen, die Vernetzung mit den Hochschulen und den Verantwortlichen für Flüchtlinge und Asylbewerber voranbringen wird. Wie sie bemerkt haben, erreichen den Ombudsrat derzeit nur wenige Anfragen aus dem Bereich der Ausländerbehörde. Die betroffenen Menschen berichten uns von einer wirklich guten Entwicklung. Die greifbaren und realen Bemühungen von Herrn Referenten Kleiner, Frau Dr. Düber und der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Ausländerbehörde zur Verbesserung der Situation verdienen unsere und ihre umfängliche Unterstützung. Der Ombudsrat dankt vor allen letzteren für das wohlthuende Licht „eines kundenfreundlichen Klimas“, trotz immer noch ungünstiger Rahmenbedingungen. Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte, ihre Verwaltung leistet, jetzt müssen sie liefern.

Gerne beziehe ich mich auf unseren Oberbürgermeister Christian Schuchardt: Würzburg ist eine weltoffene, bunte und tolerante Stadt. Bürger aller Nationen sind bei uns herzlich willkommen. Die Ausländerbehörde soll sich zu einer Willkommensbehörde entwickeln, um Beratung und Information verständlich aus einer Hand anbieten zu können. Dort stehen Neubürgern sprachlich und interkulturell geschulte Mitarbeiter zur Seite. Würzburg bietet einen Wegweiser zu unterschiedlichen staatlichen und nichtstaatlichen Einrichtungen an. Wir leben unsere Städtepartnerschaften und wir arbeiten an der internationalen Strahlkraft in Wissenschaft und Kultur.

3.3. Wohnen als Chefsache

Beim Ombudsrat sind in den vergangenen Jahren immer häufiger Anfragen zum Thema Wohnraum für Menschen in prekären Lebenssituationen eingegangen. Beim Runden Tisch mit Würzburger Wohnungsunternehmen, der ARGE Familien in der Stadt, Vertretern der Stadt Würzburg und Oberbürgermeister Rosenthal wurde erneut die Dringlichkeit des Themas deutlich. Das Recht auf Wohnen ist in der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte als Art. 25 zu finden. Auch angesichts des demografischen Wandels sehen wir in der Schaffung von (Wohn-)Quartieren eine wichtige Voraussetzung um Inklusionsprozesse für benachteiligte Menschen und Menschen in prekären Lebenssituationen oder besonderen Lebenslagen zu realisieren. Bei der Entwicklung von integrierten Planungs- und Entwicklungskonzepten kommt der Stadt Würzburg die kommunale Planungshoheit und Steuerung zu. Erfreut haben wir der Presse entnommen, dass im neuen Quartier 1 der geförderte Wohnraum mit 29 % die eigene selbst gesetzte Quote deutlich übertrifft. Das Thema bleibt auf der Agenda, ja es muss weiter an Fahrt aufnehmen!

4) Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention – Menschenrechtskonvention – Wie könnte es weitergehen?

Der Ombudsrat gratuliert der Stadt zum kommunalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Er soll heute im Laufe der Sitzung beschlossen werden. Dahinter stehen engagierte Bürger, die eine Vorstellung davon haben, wie unsere Gesellschaft aussehen soll.

Ein weit verbreiteter Irrtum bei der Befassung mit dieser Konvention ist es, dass sie im Zusammenhang mit einer traditionellen Vorstellung von Behinderung verstanden werden könnte. Es geht aber in Wahrheit um einen vollständigen Bewusstseinswandel. Die Konvention setzt konsequent bei der Frage nach der **Teilhabe aller Menschen** am Leben der Gesellschaft an. Behinderung ist, was diese Teilhabe ver- „hindert“. Behindert wird, wer aus unterschiedlichen Gründen nicht teilhaben kann, ob das die motorische Einschränkung ist oder die Stufen sind, die fehlende Deutsche Sprache oder die Situation als alleinerziehende Mutter oder die psychische Belastung zum Beispiel in Folge einer lebensbedrohlichen Flucht oder die Wiedereingliederung nach einem Strafvollzug, ist dabei völlig unerheblich.

Teilhabe gilt in besonderer Weise für Minderheiten. Das ist das zentrale Thema des Ombudsrates: eine gemeinsame Vorstellung davon haben, in welcher Gesellschaft wir leben wollen.

Der rollstuhlfahrende Theologe Ulrich Bach schreibt: „Was wir können und was wir nicht können, das alles gehört uns gemeinsam. Und für uns miteinander wird's schon reichen“. Das Verständnis von Gerechtigkeit der Konvention basiert darauf, dass Menschen das bekommen was sie wirklich brauchen und keineswegs auf der Vorstellung „alle bekommen gleich viel“! Das ist ein großer Unterschied!

Ich nehme meinen Anfangsgedanken noch einmal auf. Die Orientierung an dieser Menschenrechtskonvention der Vereinten Nationen scheint auch für die weitere Arbeit des Ombudsrats zielführend. Der Gedanke des Reagierens, des Dokumentierens, des Beobachtens, des Skandalisierens von Diskriminierungen entwickelt sich zur (präventiven) Schaffung von inklusiven kommunalen Landschaften. Die UN-Konvention betrachtet das Thema der Minderheitenrechte exakt von der anderen Seite, nämlich des gedanklichen, konzeptionellen, strukturellen Inkludierens von Anfang an.

Für das Jahr 2014 spricht der Ombudsrat auftragsgemäß erneut Empfehlungen für die Weiterentwicklung unserer Stadt aus.

1. Das Wohnen muss jetzt nachhaltig auch für Menschen in prekären Lebenssituationen weiterentwickelt werden.
2. Der begonnene Weg der Weiterentwicklung der Ausländerbehörde sollte entschieden fortgesetzt werden.

3. Das Bündnis für Zivilcourage und der Ombudsrat treten immer wieder für die Einführung eines Sozialtickets für die Bewohner der Würzburger GU ein. Gerne bohren wir auch „dicke“ Bretter.
4. Am Thema „Leichte Sprache“ möchten wir den Gedanken der „Neuinterpretation“ der UN-Behindertenrechtskonvention als für alle Menschen und deren Teilhabe am gesellschaftlichen Leben wegweisend vertiefen. Neuere wissenschaftliche Studien sprechen von bis zu 20 % funktioneller Analphabeten, die in unserer Gesellschaft leben. Das Thema wird derzeit von vielen gesellschaftlichen Akteuren entdeckt z. B. von der Bundesregierung, vom Deutschlandfunk aber auch von politischen Parteien. Sprache kann zu einer wirklichen Barriere werden und behindern. Möglicher Weise drücken wir uns vielerorts so kompliziert aus, dass Menschen auch von der Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen ausgegrenzt werden oder sich davon verabschieden.

In eigener Sache

- Das Würzburger Bündnis für Zivilcourage hat in seiner Sitzung am 08. April 2014 beschlossen, dem neuen Würzburger Stadtrat die Mitglieder des bisherigen Ombudsrat erneut zur Bestellung vorzuschlagen.
- Der Ombudsrat dankt dem Stadtrat für die Bereitstellung von Mitteln im laufenden Haushalt 2014. Sie ermöglichen einstweilen die Unterstützung der ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter z. B. durch Honorarkräfte. Dies ist ein wichtiger, wenn auch nur erster Schritt auf dem Weg der dialogischen Weiterentwicklung einer strukturellen Absicherung unserer Arbeit. Ganz sicher sind wir uns, dass die Breite des geschilderten Anspruchs unseres Beitrags zu einer inklusiven Kommune die direkte Anbindung an den Oberbürgermeister erforderlich macht.

Ich danke für die Aufmerksamkeit



Dr. Harald Ebert, Sprecher des Ombudsrates